

Interpellation «Geschäfts- und Dienstleistungsprozesse im Departement für Bau und Umwelt – Bereiche Bau»

GRG Nr. 16/IN 47 / 409

Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Mitglieder des Regierungsrats
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die Gemeinde Uttwil musste mehr als ein Jahr auf den Vorprüfungsbericht für die Ortsplanungsrevision warten. Das war kein Einzelfall. Trotzdem habe ich persönlich diese Interpellation nicht unterzeichnet, denn diese empfinde ich als ein «Bashing» auf das DBU, das ich in dieser Form nicht mittragen konnte.

Einiges ist sehr gut gelaufen im DBU. Die vereinte Frauenpower von Regierungsrätin Carmen Haag und Kantonsplanerin Dr. Andrea Näf-Clasen hat etwas geschafft, was schier undenkbar erschien: Eine einheitliche Linie in die Raumentwicklung des Kantons Thurgau zu bringen. Den Bundesauftrag endlich umzusetzen, der viel zu lange auf die lange Bank geschoben wurde. Eine letzte Pendeuz ist die Behandlung der Kleinsiedlungen, die noch schmerzlicher verläuft, als es die Revision des Richtplans war mit der Beschränkung der Bauzonen.

Tatsächlich hat es sehr lange gedauert, bis endlich Massnahmen ergriffen wurden, die langen Wartefristen bei Planungsgeschäften zu verkürzen. Dass diverse Interventionen seitens dem Fachverband der Schweizerischen Ingenieure und Architekten SIA nichts bewirkt haben und erst der nach meinem Empfinden etwas schroffe politische Vorstoss den Stein ins Rollen brachte, stimmt mich allerdings nachdenklich. Ich hoffe, dass künftig die gut gemeinten Tipps des Fachverbands mehr Gehör finden werden, denn diese sind übrigens fachlich breit abgestützt und gratis zu haben, ohne Investition von mehreren hunderttausend Franken wie wir der nachfolgenden Nachtragskredit uns weis machen will.

Endlich wurde das lange angekündigte Projekt BOA eingeführt und damit eine Eingangskontrolle der Dokumente. Leider wurde aber auch in dieser Hinsicht nicht prozessorientiert gedacht, denn es fehlt eine konkrete Checkliste, aufgrund derer die Vollständigkeit seitens Gemeinde überprüft werden könnte. Dazu muss auch nicht das Rad neu erfunden, sondern nur in den Nachbarkanton Zürich geschaut werden, wo es eine solche bereits gibt. In der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden gibt es noch einiges Verbesserungspotenzial.

«Wir weisen Sie darauf hin, dass weiterer Aufwand (zusätzliche Besprechungen, Abklärungen oder Korrespondenz) im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft auf Grundlage von §120 PBG und §55 PBV in Rechnung gestellt wird.»

Dieser Schlusssatz bei Vorprüfungsberichten fördert einen besseren Dialog ganz bestimmt nicht.

«Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um die Verfahren kundenfreundlicher und transparenter zu gestalten?»

Diese zentrale Frage (Frage 3) blieb unbeantwortet. Auch hier wünsche ich mir künftig einen Schlusscheck, wenn schon Juristen die parlamentarischen Vorstösse beantworten. Vor lauter juristischen Abhandlungen und Belehrungen geht zuweilen die Beantwortung der Frage abhanden, wie dies bereits mehrmals vorgekommen ist. Gerade hier wäre es interessant gewesen zu hören, was konkret vorgeschlagen wird.

Ich hätte eine Anregung: **Nehmen Sie sich doch ein Beispiel an der Päcklipost:**

Schickt man bei der Post ein Päckli ab, kann man jederzeit nachschauen, wo sich die Sendung gerade befindet. Ist sie beim Verteilzentrum angekommen? Befindet sie sich auf dem Weg zum Bestimmungsort? Wann ist die zu erwartende Lieferung?

Eine ähnliche Statusabfrage bei Planungsgeschäften wäre wünschenswert und müsste mit BOA problemlos umsetzbar sein: In Eingangsprüfung, Stellungnahmen in Bearbeitung bei allen Fachstellen, Schlussbericht in Bearbeitung beim ARE und voraussichtliches Versanddatum wären interessante Zwischenschritte, die eine Arbeitsplanung für Gemeinden und Planungsbüros erleichtern würden.

Leider hüllt sich aber der Regierungsrat in Schweigen und überlasst alles einer umfassenden Untersuchung unter externer Leitung, die bis zu 300'000 Franken kosten soll.

Wir Grüne danken dem Regierungsrat für die Beantwortung der meisten Fragen und erwarten gespannt die Resultate des Projekts «Analyse und Optimierung des Baugesuchs- und Planungsgeschäftsprozesses».

Wir hoffen zudem, dass aus Fehlern gelernt wird und gut gemeinte Tipps nicht nur verdankt und ignoriert, sondern auch beherzigt und umgesetzt werden.

Karin Bétrisey, Fraktion Grüne